

Höhne versucht Kritiker mundtot zu machen KoMa wehrt sich gegen versuchten Maulkorb

Mainz, 7.7.2009. Mit einer Unterlassungserklärung versuchen die Stadtwerke Mainz, der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) einen Maulkorb zu verpassen. Anlass ist ein Schreiben, mit dem sich KoMa Anfang Mai an die Kommunalaufsicht in Trier (ADD) mit der Bitte um Prüfung verschiedener Sachverhalte gewendet hatte.

„Nach dem eindeutigen Wählervotum am 7. Juni gegen das Mainzer Kohlekraftwerk versuchen die Stadtwerke Mainz nun offensichtlich auf anderem Wege eine 'schweigende' Mehrheit herzustellen“, kritisiert der KoMa-Vorsitzende Christof van den Bruck das Vorgehen der Stadtwerke und spielt damit auf KMW-Anzeigen an, in denen behauptet wurde, die schweigende Mehrheit in Mainz sei für das Kohlekraftwerk.

„Das ist ein Frontalangriff auf die grundgesetzlich garantierten Meinungsäußerungsfreiheit“, erklärt der auf Medien- und Äußerungsrecht spezialisierte Rechtsanwalt Carl Christian Müller, der KoMa in der Sache anwaltlich vertritt. „In einem Rechtsstaat ist es jedem Bürger erlaubt, sich vertrauensvoll an die zuständigen Stellen zu wenden und auf Missstände hinzuweisen. Die Unterlassungserklärungen werden deshalb nicht abgegeben. Auch wenn es Herrn Höhne nicht gefallen mag: Meine Mandanten werden auch in Zukunft das sagen und schreiben, was sie vom Kohlekraftwerk und dem Vorgehen der Stadtwerke halten“, so Müller.

In dem Schreiben an die ADD hatte KoMa unter anderem während des Wahlkampfes geschaltete Zeitungs-Anzeigen der Stadtwerke Mainz und der KMW kritisiert. Nach Auffassung von KoMa war darin nicht nur eine unzulässige Einmischung kommunaler Unternehmen in den Wahlkampf zu sehen, sondern auch eine indirekte Verschwendung öffentliche Gelder, da sich die Stadtwerke zu 100% im Besitz der Stadt Mainz befinden. Diese Auffassung dürfte KoMa, wenn es nach dem Willen des Stadtwerkevorstandes ginge, zukünftig nicht mehr vertreten.

Ferner machte KoMa die ADD auf die Tatsache aufmerksam, dass die Stadtwerke Mainz bis heute der Stadt eine zuvor vereinbarte Gewinnausschüttung in Höhe von 25 Mio. Euro schuldet und bat die ADD, gerade angesichts der angespannten Haushaltssituation auf die Auszahlungen dieser Gelder (die nach Informationen von KoMa statt dessen in das Mainzer Kohlekraftwerk investiert werden sollen) zu drängen. In diesem Zusammenhang wurde auch kritisiert, dass von Seiten der Kohle-Befürworter versucht wird, die Auszahlung der 25 Mio. Euro an ein positives Stadtrats-Votum zum Kohlekraftwerk zu binden. In dem KoMa-Schreiben wurde darum gebeten, zu prüfen, ob dieses Vorgehen rechtens ist. Auch dies wollen die Stadtwerke KoMa künftig untersagen.

Der dritte Hinweis, auf den sich die Unterlassungserklärung der Stadtwerke bezieht, betrifft Hinweise auf persönliche Verstrickungen eines Mainzer Stadtrates, auf die KoMa die ADD aufmerksam machte.

„Es war und ist nicht unsere Absicht irgend jemanden zu diskreditieren. Daher haben wir uns im Mai bewusst entschieden, nicht an die Öffentlichkeit zu gehen, sondern die unserer Meinung nach zuständigen Behörden zu informieren“, erklärt van den Bruck sagt aber auch deutlich: „Wir sind auch weiterhin nicht bereit, vor dem Mainzer Kohle-Klüngel zu kuschen und werden deshalb unseren Widerstand gegen das Kohlekraftwerk weiterhin auf allen Ebenen fortsetzen.“